

Medienmitteilung vom 16. Februar 2018



## **Steigi 69 soll bleiben! Kein Abriss auf Vorrat von städtischen Liegenschaften!**

Mit Befremden hat die Alternative Linke Bern zur Kenntnis genommen, wie das ISB und der zuständige Gemeinderat Abersold (SP) auf die Besetzung an der Bahnstrasse 69 reagieren.

Die Stadt droht den Besetzer\*innen mit einer polizeilichen Räumung, wenn sie das Gebäude bis heute Freitag nicht verlassen. Als Gründe werden Beschwerden und ein „Gefühl von Bedrohung“ genannt.

Die AL Bern vertritt die Ansicht, dass der Gemeinderat zu hart reagiert, eine dem versprochenen Politikverständnis und den Legislaturrichtlinien widersprechende Machtdemonstration vorführt. Deshalb hat die AL gestern mit der GaP, PdA, JA! und der JUSO eine Motion eingereicht, in der sie vom Gemeinderat fordert, die Besetzung zu dulden / einen Zwischennutzungsvertrag zu machen. Der Gemeinderat soll davon absehen, die Liegenschaft zu räumen oder abzureissen, wenn nicht die Baubewilligung vorliegt, so dass unmittelbar nach dem Abriss mit bauen begonnen werden kann.

Die Beschwerden, die ins Feld geführt werden, sind kein neues Phänomen: Es sind im Quartier auch schon Beschwerden bei der Polizei für Pingpong-Turniere von Anwohner\*innen eingegangen, welche um 22:05 Uhr nicht beendet waren. Dies ist nur ein Beispiel, das veranschaulicht, wie rasch Einzelpersonen aus dem Quartier offenbar zum Beschwerde-Telefonhörer greifen. Ein grosser Teil der Quartierbevölkerung ist gegenüber dem Steigi 69 positiv eingestellt.

Das „Gefühl von Bedrohung“ als Grund für Gesprächsverweigerung von Seiten ISB und eine Räumungsandrohung, sollten die Besetzer\*innen das Haus bis am Freitag, 16.2. nicht verlassen, zeugt nicht davon, dass der Gemeinderat sich an die in der Vergangenheit gemachten Ansagen erinnern will:

Bei der Räumung an der Effingerstrasse 29 haben die Berner Gemeinderäte verlauten lassen, dass sie völlig anders reagiert hätten, hätte man sie nur machen lassen: nämlich deeskalativ.

Ein „Gefühl von Bedrohung“, lässt sich durch die Weiterführung des Dialoges klären und nicht mit Gesprächsverweigerung und der Verweigerung eines Zwischennutzungsvertrages. Das Kollektiv hat sich in der Quartierzeitung Holligen vom 12. Februar 2018 zu den Vorwürfen geäussert und klargestellt, dass es nicht Absicht war, dass sich Mitarbeiter von ISB bedroht fühlen und dass sie auf „(...) gewaltfreie Konfliktlösung durch Kommunikation“ setzen.

Die AL Bern hat nach einem Besuch im Quartier, im Steigi 69 und dem Lesen der Quartierzeitung Holligen vom 12. Februar den Eindruck gewonnen, dass der grösste Teil des Bedrohungsgefühls mehr über die Vorurteile der betroffenen Mitarbeiter (Besetzer = böse / gefährlich) aussagt, als über das Ereignis selber.

Die in den Legislaturrichtlinien oft verwendeten Schlagworte von „Teilhabe“, „Mitsprache“ und „Gestaltung“ könnten wesentlich weniger paternalistisch angewendet werden. Wenn der Gemeinderat die Meinung vertritt, dass nur diejenigen gestalten, mitsprechen und teilhaben dürfen, die sich zu 100 % an die Vorstellung der Verwaltung anpassen, verkommen die grossen Ansagen zu leeren Worthülsen.

Die AL Bern solidarisiert sich mit den Anliegen der Besetzer\*innen vom Steigi 69 und bedankt sich vor diesem Hintergrund bei allen, die sich unermüdlich gegen Leerstand, gegen die Kriminalisierung alternativer Wohnprojekte und für Freiräume sowie die Belebung der Quartiere einsetzen und unterstützt den Aufruf für die Kundgebung von morgen Samstag um 17.00 Uhr. Die AL Bern wünscht sich eine ausdrucksstarke und gewaltfreie Kundgebung im Fasnachtsgetümmel, die Polizei wird aufgefordert, sich deeskalativ zu verhalten und auf den Aufbau einer Drohkulisse zu verzichten.